



in Zusammenarbeit mit ABDOS und traduki

traduki

Podiumsdiskussion im Rahmen der Leipziger Buchmesse

Zwischen Scheitern und Hoffnung – Bosnien und Herzegowina 20 Jahre nach dem Friedensschluss von Dayton

am Donnerstag, dem 12. März 2015, um 15:00 Uhr
in Halle 4, Stand C 503 (Forum International), Leipziger Buchmesse

Bericht von Marija Dragica Anderle, Zittau

Was man am Podium des Forums International der diesjährigen Leipziger Buchmesse zur Lage in Bosnien und der Herzegowina zu hören bekam, war an Direktheit und Deutlichkeit nicht zu übertreffen. Es verdient, als kompetente Einschätzung beim zukünftigen politischen Vorgehen berücksichtigt zu werden. Das Podiumsgespräch moderierte *Prof. Dr. Wolfgang Höpken*, Südosteuropa-Historiker an der Universität Leipzig; die Gäste waren Wissenschaftler, Insider und langjährig involvierte Beobachter der politischen Lage in dem Land: *Adisa Bašić*, Lyrikerin und Literaturkritikerin, und *Prof. Dr. Zlatiborka Popov Momčinović*, beide von der Universität in Sarajevo, *Prof. Dr. Florian Bieber* vom Südosteuropazentrum in Graz und *Josip Juratović*, MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss in Berlin.

Die einleitende Frage an die Podiumsteilnehmer lautete: Gibt es noch eine Perspektive für Bosnien und Herzegowina? Der Friedensvertrag von Dayton, vor 20 Jahren, habe Hoffnungen auf ein Miteinander der ethnischen Gruppen, auf demokratische Entwicklung und materielle und soziale Sicherheit geweckt; der heutige Stand jedoch zeige, insbesondere nach den letzten Wahlen, dass dieses Miteinander nicht funktioniere und keine Zeichen für Veränderung sichtbar seien.

Der Daytoner Vertrag, so Prof. Bieber, sei gewiss nicht ideal: Er habe die Phase der Kriegshandlungen beendet, sei aber nicht an der jetzigen politisch-gesellschaftlichen Misere schuld. Der andere Aspekt sei, dass es in der Öffentlichkeit, in größeren Städten wie Tuzla, Sarajevo, Banja Luka bislang auch keinen Konsens darüber gebe, was für ein Staat richtig wäre. Hierzu Frau Adisa Bašić: Die Politiker würden diese Uneinigkeit unterstützen, weil sie ihrerseits nicht fähig seien, ihre Rolle souverän zu spielen und ihren Auftrag zu erfüllen - nämlich an dem Konzept einer Demokratie zu wirken. Die Proteste Anfang 2014 hätten sich nicht gegen den Vertrag von Dayton gerichtet, sondern gegen den Stillstand und die Armut.

Die Arbeitslosigkeit in Bosnien und Herzegowina betrage 50%. Alle drei politischen Lager hätten zudem versucht, den Protesten einen nationalistischen Anstrich zu geben. Es fehle an geschlossenem Vorgehen.

Auf die Frage, welche Rolle in der Protestbewegung die Studenten gespielt hätten - man vermisste als Außenstehender das Engagement der Intelligenz -, bestätigte Frau Popov Momčinović diese Beobachtung und meinte dazu, dass die Professoren aktiv dabei gewesen seien, die Studenten eher nicht, und dass Lethargie gegenwärtig ein allgemeines Kennzeichen der Gesellschaft sei. Bei den Wahlen im Oktober 2014 hätten sich 53% der Wahlberechtigten beteiligt, d.h. die Hälfte der Bevölkerung sei gar nicht an den Urnen erschienen. Eine halbe Million Stimmzettel seien ungültig gewesen und hätten damit einen Boykott der offiziellen Staatspolitik dargestellt. Ein Artikel des Magazins „Slobodna Bosna“ (Freies Bosnien) habe neuerdings eine neue Welle der Abwanderung aus dem Land registriert - viele Leute lernten Deutsch und die Kurse des Goethe-Instituts könnten die Zahl der Bewerber gar nicht aufnehmen. Junge Leute sähen im Land keine Perspektive mehr. Das Schlechte an Dayton sei, dass die Verfassung die ethnische Zugehörigkeit festschreibe: Man sei Bosnier, Kroat oder Serbe, erst danach sei man Mensch und Bürger; irgendwann komme man noch auf die Idee, die Leute nach dem Horoskop zu gruppieren - und einen Job bekomme man nur, wenn man die entsprechende ethnische Identität habe. Es sei schwer, mit solchen Absurditäten zu leben, war das Fazit des Beitrages von Frau Popov Momčinović.

Die Podiumsdiskussion in Leipzig richtete dennoch eine Empfehlung an die neue deutsch-britische Initiative, die darauf abziele, die Verhältnisse in Bosnien und Herzegowina zu ändern, und zwar mithilfe der neuen Kraft - der Bürger. Sie sei das leitende Element, das aber Hilfe brauche, die demokratischen Prozesse zu begreifen und die Möglichkeiten des politischen Instrumentariums für die Verbesserung der Lebenssituation zu nutzen. Die Verbündeten müssten also im Volk gesucht werden, denn die bisherige politische Führung, so war es übereinstimmend vom Podium zu hören, habe ihre Aufgaben nicht erfüllt. Der Augenblick - 20 Jahre nach dem Friedensschluss bedeute *time out* - verlange nach einer Bilanz, und es sei Zeit für eine Alternative.

Frau Bašić äußerte Kritik an der Arbeit der NGO-s, die viel Geld aus dem Ausland bekämen, aber sehr bürokratisch arbeiten würden. Die enorm große Zahl dieser Organisationen sei im Großen und Ganzen mit sich selbst beschäftigt und habe wenig zur Aufklärung und Demokratisierung in der Zivilgesellschaft beigetragen. Die Protestbewegung hätte sich mit deren Hilfe zu einem „Bosnischen Frühling“ entwickeln können, hätte eine breitere Basis bekommen können, die eine Wendung in der Politik und Gesellschaft hätte ermöglichen können. Die internationale Gemeinschaft und die Intellektuellen hätten sich schließlich von der Gewalt, die in den Protesten ausbrach, distanziert, so dass jetzt totaler Stillstand herrsche und keiner mehr wisse, wie ein Umbau im Lande zustande kommen solle.

Die Plenen in Sarajevo, so der Diskussionsbeitrag von Josip Juratović, hätten Signale gesandt, die ausgewertet werden müssten. Es gebe konkrete Forderungen (50% Gehaltskürzungen für die Abgeordneten) und die Tatsache, dass die Politik nicht darauf reagiert habe, sei verständlich, weil die Parteien in Bosnien ihr Mandat unter dem Motto nutzten: „nicht gestalten“, sondern „profitieren“. Die NGO-s, die die politische Willensbildung vorantreiben sollten, seien ihrem Auftrag nicht gerecht geworden. Das Ausland habe das Spiel unterstützt, indem es nur mit der politischen Elite verhandelte, statt auf die Resultate und die Stimmung in der

Bevölkerung zu achten. Es seien Deals mit Personen und Gruppen gemacht worden, die keinen Respekt vor dem Gemeinwesen der Bürger hätten, sondern nach eigenen wirtschaftlichen und ethnischen Kriterien handeln würden. Dadurch sei ein Klima des totalen Mißtrauens entstanden, weil die Menschen keine Möglichkeiten für ein besseres Leben im Land sähen. Die Fehlentwicklung, meinte Juratović, sei durch die falsche Interpretation des Daytoner Vertrages entstanden. Mit Dayton habe man den Krieg, nicht das Diktat von Eliten beendet, und die Überfrachtung des Staatsapparats installiert. Europa brauche Erweiterung; die Voraussetzung sei aber die Öffnung zu einer demokratischen Gesinnung und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Europa müsse bereit sein, diesen schweren Bedingungen ins Auge zu sehen. Die letzte Wahl habe deutlich gezeigt, dass Veränderungen im Land von der Mehrheit nicht erwünscht seien.

Die abschließende Frage in die Runde lautete dann auch: Will Bosnien und Herzegowina überhaupt in die EU? Soll man an der Re-Stabilisierung arbeiten oder sind die sozialen Proteste Grund und Ausgangsbasis genug für die Erarbeitung eines neuen Regierungskonzeptes?

Die Statements der Diskutierenden enthielten eine klare Verurteilung der bisherigen Regierungen. Diese hätten zwei Jahrzehnte Zeit gehabt, um dem Land eine neue Lebensperspektive zu geben. Stattdessen hätten sie die alten Strukturen gewähren lassen - vielmehr, sie hätten sie verfestigt. Diesen Schaden müsse man jetzt durch einen politischen Neuanfang beseitigen. Man sei klug geworden und die neue Lösung, so Juratović, sei gar nicht so neu, sondern schon vorgegeben. Es müssten Kriterien wie für alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft gelten : 1. Der Staat Bosnien und Herzegowina brauche die Zusammenarbeit mit der EU (35 Verhandlungs-Kapitel), 2. eine neue demokratische Vision für das Land, mit einem gemeinsamen Wirtschaftsraum (CEFTA), 3. eine neue politische Elite, ausgestattet mit neuen Regierungsmechanismen, um die alten politischen Netzwerke, die die Parteien für ihren Einfluss bisher benutzten, zu beseitigen.

Die Botschaft des Podiums wurde im vollbesetzten Raum des Forums International mit großem Interesse und einer gewissen Erleichterung aufgenommen. Es gebe Hoffnung für Bosnien und Herzegowina, denn in der politischen Praxis habe die EU Geduld und Verständnis gezeigt, aber auch begriffen, wie mit den Systemen umzugehen sei, damit Demokratie, Frieden und soziale und wirtschaftliche Stabilität ihre Chance bekommen.